

Am 27. September 2009 findet die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag statt. Auch 2009 werden wieder **Parteien** antreten, **die eine menschenverachtende Ideologie transportieren** wollen. Neben der **NPD**, für die bei der Bundestagswahl 2005 alleine in Bayern um die 100.000 Menschen votierten¹, tritt auch ihr ehemaliger Bündnispartner **DVU** an, nachdem der so genannte „Deutschlandpakt“ zwischen den beiden rechtsradikalen Parteien nach knapp vier Jahren endgültig gescheitert ist.²

NPD – Sammelbecken der rechtsradikalen Szene

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist seit 1964 aktiv. Dieser Partei war es in den vergangenen Jahren teilweise sehr erfolgreich gelungen, **ultrarechte Neonazis** in ihre Parteiarbeit **einzubinden** und sich dadurch gleichzeitig zu verjüngen und weiter **zu radikalisieren**. Ihre Mitgliederzahl in Bayern konnte sie in den letzten Jahren stabilisieren (um die 1000). Die NPD entwickelte sich insgesamt „zu einem ‚Gravitationsfeld‘“³ der rechten Szene“. Daran ändern auch die Turbulenzen nach dem jüngsten Austritt ultraradikaler Neonazis nichts.⁴

Bedrohungsszenario als Taktik

Zur Taktik der NPD: **Neonazis** haben (erfolgreich) die **Sozialpolitik für sich entdeckt**. Lokale Probleme vor Ort werden aufgenommen oder man **hängt sich an soziale Bewegungen vor Ort** als „Interessensvertreter“ der kleinen Leute populistisch an. Dann wird ein **Bedrohungsszenario über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland** aufgebaut, das so genannte „Scheindemokraten“ zu verantworten hätten. Im nächsten Schritt werden unter dem **rassistischen Motto „Sozial geht nur national“** scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme angeboten: „Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche“, „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“, „Volksrente“⁵. Die NPD gibt sich in ihrer Propaganda häufig sozial, ist es aber nicht. Wer systematisch **Menschen, die seit Jahrzehnten in unserer Mitte leben, ausgrenzen** und in ihre so genannten „Heimatländer“ abschieben will, ist zutiefst unsozial und steuert auf **äußerst gewalttätige Politikformen** zu.

¹ 126.059 Erststimmen und 95.196 Zweitstimmen.

Quelle: http://wahlen.aida-archiv.de/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=16&Itemid=311

² <http://www.tagesschau.de/inland/npddvu100.html>

³ Röpke Andrea / Speit Andreas (2008) Neonazis in Nadelstreifen – Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Seite 7 f.

⁴ Vgl. unseren Flyer „Nordbayerische Bündnisse gegen Rechts informieren über das neonazistische Freie Netz Süd“ (erschienen im April 2009)

⁵ Wahlkampflogans: Internetauftritt der rechtsextremen NPD, www.npd.de, heruntergeladen am 1.7.2009

Braune Parteiaktivisten in der Metropolregion Nürnberg (eine kleine Auswahl)

Auch in Nordbayern wird radikal rassistische Politik propagiert. Im **Nürnberger Rathaus** agiert seit 2002 die **NPD-Tarnorganisation Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)** in Form des **bayerischen NPD-Vorsitzenden Ralf Ollert**. Bei den letzten Kommunalwahlen (2008) erhielt die BIA 3,3 Prozent der Stimmen und sitzt seitdem mit zwei Vertretern im Stadtrat. **Ralf Ollert halluziniert** eine fortschreitende „**Verausländerung**“. „Ohne deutsche Kinder – keine deutsche Zukunft“, so die Bildunterschrift unter einem Foto, das blondhaarige Mädchen zeigt.⁶ Bei den Haushaltsberatungen 2008 wurde „konsequenterweise“ seitens der BIA **die komplette Streichung aller städtischen Zuschüsse** für Hilfsprojekte für **Menschen migrantischer Herkunft** gefordert.

Über die Kulturschiene hat der Rechtsextremismus **Anschluss an die Jugendszene** gefunden. Lifestyle, Konzerte als Gemeinschaft stiftende Events, modische (nicht nur Tönsberg-) Kleidung mit offenen oder verschlüsselten Botschaften und erlebnisorientierte Freizeitangebote erhöhen rechte Attraktivität.

Im **mittelfränkischen Altengreuth** (Gemeinde Schillingsfürst) **lebt** seit einigen Jahren **Frank Rennieke, neonazistischer Liedermacher** und im Jahr 2009 Bundespräsidentenkandidat der NPD.

Der ultrarechte Nürnberger **BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus**, mit dessen Hilfe **Nazigegner** mit Bild und Name im Internet als „**Freiwild**“ veröffentlicht wurden und der deshalb im Mai 2009 vor Gericht stand, trat bei dem **neonazistischen „Nationalen Frankentag“** bei Geschwand (Gemeinde Obertrubach) im Juli 2009 als Redner auf.

All diese Bewegungen unterstützt die NPD. Dabei wird deutlich, dass es eine klare **Abgrenzung der NPD von ultraradikalen Neonazis nicht** gab und vermutlich auch niemals geben wird.

DVU eine Phantompartei

Die Deutsche Volksunion (DVU) wurde 1971 in München von **Gerhard Frey** gegründet. Frey, u.a. **Besitzer der rechtsradikalen „Nationalzeitung“**, leitete die Partei **bis Januar 2009**.⁷

Während die NPD in mehreren Bundesländern, so auch in Bayern, über eine aktive Basis verfügt und teilweise entsprechend erfolgreich agieren kann, **gilt die DVU als „Phantompartei“ ohne relevante Basis**. Dieser Befund wird durch die meist sehr schlechten Ergebnisse bei den letzten Europawahlen (2009) unterstrichen.

Seit Freys Rückzug aus der Partei Anfang 2009 versucht sein **Nachfolger, Matthias Faust**, die Partei strategisch neu aufzustellen.⁸ Sie tritt jetzt unter „**DVU – Die Neue Rechte**“ auf, ihre **Argumentation bleibt jedoch rassistisch**.

Ein Beispiel: „Frauen mit Kopftüchern (...), aggressiv auftretende junge Banden von dunkelhaarigen ‚Südländern‘. Einige Stadtteile werden bereits zu „No go areas“ für einzeln auftretende deutsche Polizisten. Deutsche werden zur Minderheit im eigenen Land (...) Das ist die schlimmste und bald unumkehrbarste Veränderung, die unser Land seit dem 30jährigen Krieg erlebt hat.“⁹

“Verfassungskonformer” REP-Rechtspopulismus

Die Republikaner wurden 1983 gegründet und hatten unter dem ehemaligen **Angehörigen der Waffen-SS, Franz Schönhuber**, Ende der 1980er Jahre ihre Hochphase (14,6 % der Stimmen aus Bayern bei der Europawahl 1989).¹⁰ Seit 2007 taucht die Partei im Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern nur mehr in den Fußnoten auf, obwohl sie laut Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) **„ausländerfeindliche, revisionistische Positionen und ein konservatives Gesellschaftsbild“** vertritt.¹¹

Ein Blick in das aktuelle Bundesparteiprogramm unter dem jetzigen **Vorsitzenden Rolf Schlierer** bestätigt die Einschätzung der bpb: Dort heißt es unter der Überschrift „Deutsche Identität statt Multikultur“: „Man kann aus der Heimat vertrieben werden, ohne den Ort zu wechseln: Durch kulturelle Überfremdung und Masseneinwanderung von Ausländern.“ Die REP sprechen sich offen gegen die „Multikulturelle Gesellschaft“ in Deutschland aus. Demgegenüber fordern sie die Staaten „Polen und Tschechien“ revanchistisch auf, „deutsche Opfer von Gewaltverbrechen und Zwangsarbeit“ zu entschädigen, enteignetes Eigentum zurückzugeben oder zu entschädigen, und den in den Vertreibungsgebieten lebenden Deutschen „kulturelle und sprachliche Autonomie“ zuzusichern.

Multikulti also für Deutsche in Polen, aber nicht für Ausländer in Deutschland? Während „Gastarbeiter“, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, ausgewiesen werden sollen, so genannte jüdische „Kontingentflüchtlinge“ in Deutschland keinen Aufenthalt mehr erhalten und Kinder, die „der deutschen Sprache nicht oder nur teilweise mächtig sind“, in einer Art Apartheids-System getrennt unterrichtet werden sollen, fordert die Partei für ehemals vertriebene Deutsche „Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in den Vertreibungsgebieten“. Konsequenterweise umgesetzt, könnten diese Forderungen verheerende Folgen haben und die Bundesrepublik in einen autoritären Nachwächterstaat verwandeln.

⁶ Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten / Nürnberg – Aktuelles aus Stadt und Rathaus, Nr. 26, Ausgabe 3/2008

⁷ Mecklenburg, Jens (1996) Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, S. 245

⁸ <http://www.tagesschau.de/inland/npddvu100.html>

⁹ <http://www.die-rechte.info/wordpress/?p=1129#more-1129>, heruntergeladen am 1. Juli 2009

¹⁰ Mecklenburg, Jens (1996) Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Seite 299 ff., sowie Seite 524

¹¹ [http://www.bpb.de/themen/SW8501,0,Die_Republikaner_\(REP\).html](http://www.bpb.de/themen/SW8501,0,Die_Republikaner_(REP).html), heruntergeladen am 2. Juli 2009

Bayern - das „braunste“ westliche Bundesland? – Ein Blick in die Mitte der Gesellschaft

Was tut sich in der potenziellen Wählerschaft? Dies zu untersuchen, ist Aufgabe von Wahl- und Einstellungsforschern. Ein Forscherteam fand im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) heraus, dass „rechtsextreme Einstellungen in allen gesellschaftlichen Gruppen und Bundesländern vertreten“¹² sind. Ein Ergebnis der Studie: **Bayern weise „von allen westdeutschen Bundesländern die höchste Zustimmung zu rechtsextremen Positionen auf“.**

Ist das ein Wunder? Solange auf einem CSU-Parteitag wie im November 2007 in Würzburg der **CSU-Vorsitzende Erwin Huber** erklären kann, „**Multikulti ist eine Brutstätte von Kriminalität**“¹³ und der **Bayerische Innenminister Joachim Herrmann** die rhetorische Frage stellen darf „**ob der Ausweisungsschutz im Ausländerrecht nicht zu hoch**“¹⁴ sei, sind wir in Bayern noch weit entfernt von einer gleichberechtigten, offenen und die universellen Menschenrechte achtenden Gesellschaft. Rechtsradikale fühlen sich durch Sprüche wie die oben zitierten in ihrer Einstellung bestätigt.

Was tun gegen Revanchismus und Neofaschismus?

Grundsätzlich gilt zu Wahlen: das Problem sind nicht rechtsradikale Kandidaten, sondern die Bürger, die solchen Kandidaten ihre Stimme geben!

- NPD-Parolen über eine „korrupte und antinationale Politik“ fallen auf fruchtbaren Boden, solange regierende Parteien die sozialen und gesellschaftlichen Interessen von Bevölkerungsmehrheiten übergehen. Ein Verdrängen des Umgangs mit Neofaschisten auf die Verwaltungs-, Polizei- oder Verfassungsschutzebene ist keine Lösung. Hartz-IV, Bankenskandale, Regierungserklärungen gegen „Überfremdung“ unterstützen rechtspopulistische Forderungen und geben ihnen sogar noch zusätzlich Nahrung.

- Es fehlen Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Bürger: Bislang wurde kaum das Strafmaß ausgenutzt, das gegen rechtsextreme Gewalt und Ideologie zur Verfügung steht, von einer mangelnden Strafverfolgung durch die Polizei ganz zu schweigen.

¹² Decker/Rothe/Weissmann/Geißler/Brähler (2008) Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, S. 10 f., ebenso Wilhelm Heitmeyer (2006) in: Röpke Andrea / Speit Andreas (2008) Neonazis in Nadelstreifen – Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Seite 71

¹³ <http://www.sueddeutsche.de/bayern/957/424716/text/>

¹⁴ http://www.faz.net/s/Rub1DA1FB848C1E44858CB87A0FE6AD1B68/Doc-E0C3C54126EC94019A0C552E93EC375C9_Atlp-Ecommon-Scontent.html

Rechte Aufmärsche werden - abhängig von der jeweiligen lokalen Einschätzung oder Einstellung des Sachbearbeiters - genehmigt, offene Verstöße gegen Auflagen werden oftmals nicht geahndet.

- Die NPD knüpft ständig an verbreitete Ängste vor „Überfremdung“ und an Vorurteile gegen MigrantInnen an. Dies wird unterstützt durch staatliche Stereotypisierung ethnischer Minderheiten („Ausländerkriminalität“). Es muss Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft und der politisch Verantwortlichen sein, menschenfeindliche Gesetze (z.B. Teile der Asyl- und Ausländergesetzgebung) abzuschaffen und völkisch-nationalistisches Gedankengut deutlich zu ächten.

- Die Stigmatisierung von Menschen wegen angeblichen Hartz-IV-Missbrauchs muss beendet werden. An Arbeitslosigkeit oder Krankheit sind im Regelfall nicht die Betroffenen schuld, sondern die vorhandenen sozialen Strukturen.

- Globalisierung und Finanzkrise lassen die Rechtsextremen auf Zulauf hoffen: Während über die Erhöhung des Kindergeldes monatelang gestritten wurde, werden Bürgschaften für angeschlagene Banken und Missmanagement in Höhe mehrerer Hundert Milliarden Euro rasch herbeigezaubert. Im Sinne einer gerechten Verteilung muss über Alternativen oder zumindest über eine Weiterentwicklung der bestehenden Wirtschafts- und Finanzordnung konstruktiv und nicht mit rückwärts gewandten Konzepten nachgedacht werden.

- Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie menschenfeindliche Einstellungen haben nur dann ein Fundament, wenn es die Mehrheitsgesellschaft zulässt.

Die aktive staatliche Unterstützung und Förderung breiter zivilgesellschaftlicher Bewegungen gegen Neofaschismus bleibt bisher weitgehend aus. Im Gegenteil: diese Bewegungen werden zusehends kriminalisiert oder in eine „linksextreme“ Ecke gestellt. Die so reagierenden Politiker und Parteien zeigen dabei offen, dass sie unwillens und/oder unfähig sind, sich dem Neofaschismus ernsthaft in den Weg zu stellen.

Nordbayerische Bündnisse
gegen Rechts,
Werner Schnabel,
Herzog-Max-Str. 44,
96047 Bamberg

nordbayerische
BÜNDNISSE
gegen Rechts

ViSDP: Günter Pierdzig, Kunigundendamm 55, 96050 Bamberg

nordbayerische BÜNDNISSE gegen Rechts



Protest gegen den NPD-Parteitag in Bamberg 2008

Nordbayerische Bündnisse gegen Rechts informieren über rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien in der Region

(Stand: September 2009)